

BEGRENZTE POLITIK DER GEOPOLITIK MIGRATIONSNEXUS DER EU

Cengiz Günay, Sophie Reichelt, Vedran Džihic

In Kooperation mit dem Ministerium
für Landesverteidigung BMLV.

EXECUTIVE SUMMARY

Geopolitics is not new to the EU's repertoire, but the objectives and instruments of geopolitics have changed significantly. While the EU used to rely on soft power and the export of norms to transform states in its neighborhood, the new approach is strongly influenced by new geopolitical challenges. In particular, the Russian war of aggression against Ukraine and so-called "irregular" migration movements have shaped the EU's geopolitical orientation. The focus of a migration-driven geopolitics is on migration routes in the eastern, central and western Mediterranean as well as those routes that originate in African countries in the Sahel region.

Here, the EU is relying on externalization and the militarization of borders. The aim is to stop migration movements already before they reach the EU's borders. To this end, the EU concludes agreements with countries along the migration routes, such as Turkey, Serbia, Egypt, Tunisia, Morocco and Niger. These so-called deals or mobility agreements deeply involve third countries in European migration and border management. The agreements include measures such as close cooperation in border protection, repatriation agreements and adjustments to visa regimes. In return, the EU and its member states invest horrendous sums every year, e.g. in surveillance technologies or training border guards. In addition, security personnel from the EU border protection agency Frontex are stationed in more and more third countries.

Externalization means a tête-à-tête between the EU and autocratic states and - as in the case of Libya - even cooperation with militias. The EU's migration-driven geopolitics thereby creates or indirectly promotes lawless areas, corruption and violence on the periphery of Europe. It indirectly promotes the power of authoritarian rulers who use migration as a means of exerting pressure on the EU. In addition, migration-led geopolitics narrows the EU's options, promotes securitization and limits its activities to a small area, while other geopolitical actors can further expand their economic and political influence.

KEYWORDS:

EU, Geopolitik, Migration, Mittelmeerraum, Westbalkan, Türkei, Sahel Zone

ZUSAMMENFASSUNG

Geopolitik ist nicht neu im Repertoire der EU, allerdings haben sich die Ziele und Instrumente der Geopolitik wesentlich verändert. Während die EU früher auf Soft Power und den Export von Normen setzte, um Staaten in ihrer Nachbarschaft zu transformieren, ist der neue Ansatz stark von realpolitischen Herausforderungen geprägt. Insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und so genannte „irreguläre“ Migrationsbewegungen haben die geopolitische Ausrichtung der EU geprägt. Im Fokus einer durch Migration geleiteten Geopolitik stehen die Migrationsrouten im östlichen, zentralen und westlichen Mittelmeerraum sowie jene Routen, die von afrikanischen Ländern der Sahel Zone ausgehen.

Hier setzt die EU auf Externalisierung und die Militarisierung von Grenzen. Ziel ist es, Migrationsbewegungen bereits weit vor den Grenzen der EU aufzuhalten. Dafür schließt die EU Abkommen mit Staaten entlang der Migrationsrouten, wie etwa mit der Türkei, Serbien, Ägypten, Tunesien Marokko oder Niger. Diese sogenannten Deals oder Mobilitätsabkommen binden Drittstaaten in das europäische Migrations- und Grenzmanagement ein. Die Abkommen umfassen Maßnahmen wie enge Kooperationen im Grenzschutz, Rückführungsabkommen und Anpassungen von Visa-Regimen. Im Gegenzug investieren die EU und ihre Mitgliedsstaaten jährlich horrend Summen, z.B. in Überwachungstechnologien oder Trainings von Grenzschutzbeamten:innen. Zudem sind in immer mehr Drittstaaten Sicherheitskräfte der EU-Grenzschutzagentur Frontex stationiert.

Externalisierung bedeutet ein Tête-à-Tête der EU mit autokratischen Staaten und - wie im Falle Libyens - gar die Zusammenarbeit mit Milizen. Die migrationsgeleitete Geopolitik der EU schafft dadurch bzw. fördert indirekt rechtsfreie Räume, Korruption und Gewalt an der Peripherie Europas. Es fördert indirekt die Macht von autoritären Herrschern, die Migration als ein Druckmittel gegen die EU einsetzen. Zudem verengt eine durch Migration geleitete Geopolitik die Möglichkeiten der EU, fördert Versicherheitlichung und beschränkt ihr Wirken auf einen kleinen Bereich, während andere geopolitische Akteure wirtschaftlich und politisch ihren Einfluss weiter ausbauen können.

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	6
Die EU als geopolitischer Akteur: von Soft Power zu Hard Power?	7
Eine neue Welt und ihr Zerwürfnis mit der internationalen liberalen Ordnung	9
Sicherheit und Migration als kleinster gemeinsamer Nenner der "EU-Geopolitik"	10
Die Umsetzung und die Folgen der migrationsbasierten Geopolitik	11
Conclusio	18
Literaturverzeichnis	20

AUTOR:INNEN

Dr. Cengiz Günay

Ist Direktor des Österreichischen Instituts für internationale Politik (oiip) und Lektor am Institut für Politikwissenschaft, dem Institut für internationale Entwicklung sowie dem Institut für Orientalistik an der Universität Wien. 2018/19 war er Austrian Marshallplan Fellow an der Nietzsche School of Advanced International Studies an der Johns Hopkins University in Washington DC. Er ist der Autor der Monographien; "Die Geschichte der Türkei. Von den Anfängen der Moderne bis heute", erschienen bei Böhlau UTB, sowie von "From Islamists to Muslim Democrats?" erschienen bei VDB. Sein regionaler Schwerpunkt liegt auf der Türkei sowie der MENA Region.

Mag.a Sophie Reichelt

Ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Österreichischen Institut für Internationale Politik. Nach dem Studium der Internationalen Wirtschaftswissenschaften an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck und der Universidad Autónoma in Madrid arbeitete sie als Project Managerin im Bereich der Marketingkommunikation. Im Oktober 2020 begann Sophie Reichelt ihren Master der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien mit einem Fokus auf Friedens- und Konfliktforschung und Migrationsstudien. Ihre Masterarbeit befasst sich mit der Grenz- und Migrationspolitik Europas und Spaniens und ihren diplomatischen Beziehungen zu Marokko.

Dr. Vedran Dzihic

Ist Senior Researcher am oiip und Lektor an der Universität Wien. Er ist weiters non-resident Senior Fellow am Center for Transatlantic Relations, School of Advanced International Studies, John Hopkins University, Washington D.C. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: Demokratietheorie und Demokratisierungsprozesse, Europäische Integration, Konfliktforschung, Zivilgesellschaft und Protestbewegungen, Außenpolitik und Nationalismus. Sein regionaler Fokus liegt auf Ost- und Südosteuropa mit besonderem Schwerpunkt auf dem Balkan und auf den USA.

1. EINLEITUNG

Die Europäische Union sieht sich mit mehrfachen sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert. Migration und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine stellen darunter für die meisten europäischen Gesellschaften die Nummer Eins Priorität dar. Die Angst vor dem Verlust der Kontrolle über Grenzen und Souveränität durch unkontrollierte Migrationsbewegungen und das Gefühl, der militärischen Aggression Russlands relativ ungeschützt gegenüberzustehen, haben Investitionen in Grenzschutz und Überwachungstechnologien und Waffen gefördert. Die vom deutschen Kanzler Scholz ausgerufene Zeitenwende bedeutet die Abkehr von einem durch Austausch, Kooperation und Handel geleiteten Politikansatz und die Rückkehr zu einer durch den Realismus in den internationalen Beziehungen bzw. geopolitische Interessen geleiteten territorialen Außen- und Sicherheitspolitik. Neben Deutschland haben auch andere Staaten wie Österreich ihre Sicherheitspolitik überarbeitet. Auch die Europäische Union möchte angesichts der neuen Herausforderungen auf internationaler Ebene stärker und selbstbewusster auftreten. Dies ging mit dem Ruf nach einem "geopolitischen Erwachen" der EU einher (Borell, 13.10.2022).

Der Ruf nach einer geopolitischen EU soll ein stärkeres Bewusstsein für Geografie, wirtschaftliche Ressourcen, Handelsrouten, Lieferketten, militärische Schlagkraft und internationale Machtverhältnisse beinhalten. Die EU hat es als geopolitische Akteurin nicht leicht. Anders als Nationalstaaten ist die EU eine politische und wirtschaftliche Union. Mitglieder, d.h. einzelne Nationalstaaten, verfolgen oftmals unterschiedliche geopolitische Interessen, die wiederum durch unterschiedliche nationale Faktoren, Interessensgruppen, historische Narrative und geographische Gegebenheiten geprägt sind. Auf nationalstaatlicher Ebene spielen Geografie, Größe, militärische und finanzielle Kapazitäten aber auch historische Narrative und Rollenbilder eine wesentliche Rolle. Die gemeinsame EU-Außen-, Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik versucht, die unterschiedlichen Interessen zu bündeln bzw. zu vereinen. Dies gelingt am besten bei Themen wie Schutz der Außengrenzen, Migrationsmanagement, Handel und der Gewährleistung von Rohstoffen.

Obwohl Migration selten in einem Atemzug mit Geopolitik Erwähnung findet, sind die beiden Bereiche in der EU-Außen- und Nachbarschaftspolitik bei näherer Beobachtung eng miteinander verwoben. Grenzmanagement und Migration prägen immer stärker die Beziehungen mit den Ländern in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU. Insbesondere in den Beziehungen mit den Staaten Nordafrikas hat Migration längst andere Themen wie Handel oder Capacity Building verdrängt, aber auch die Beziehungen mit Beitrittskandidaten auf dem Balkan oder mit der Türkei sind von der europäischen Migrationsfrage überschattet. Die EU verfolgt dabei das Ziel, das eigene Migrations- und Grenzmanagement so weit wie möglich zu externalisieren, also auszulagern oder vorzuverlagern.

Inzwischen stellt die Übernahme des EU-Grenz- und Migrationsmanagements in den EU-Integrationsprozessen bzw. Beitrittsverhandlungen mit den Westbalkanstaaten eine Bedingung dar. Am Beispiel der Türkei und Serbiens forderte die EU Änderungen in der Visums- und

Grenzpolitik gegenüber Drittstaaten ein. Dies stellt einen massiven Eingriff in die Souveränität dieser Staaten dar. Mit anderen Ländern in der unmittelbaren Nachbarschaft unterzeichnete die EU sogenannte Mobilitätsabkommen. Während dies für bestimmte Teile der Bevölkerungen (Geschäftsleute, Akademiker:innen, Studierende etc.) Erleichterungen bei der Ausstellung von Visa für den Schengenraum bringen soll, beinhalten diese Abkommen aber vor allem eine Einbindung in das Grenz- und Migrationsmanagement der EU. Partnerstaaten werden aufgefordert den Grenzschutz weiter auszubauen, um Migrant:innen (aus dem eigenen oder aus anderen Ländern kommend) schon früher aufzuhalten bzw. festzuhalten, Asylanträge wenn möglich vor Ort abzuwickeln und Rückführungsabkommen zu unterzeichnen (European Commission, 2011, 2014).

Die Verbindung zwischen Geopolitik und Migration wird insbesondere im Mittelmeerraum sichtbar. Exemplarisch hierfür sind die sogenannten Migrations-Deals mit der Türkei, Ägypten, Tunesien oder Marokko. Diese zielen darauf ab, Migrant:innen an der Weiterreise in den EU-Raum zu hindern bzw. sie in den jeweiligen Ländern unterzubringen. Die Überfokussierung auf Migrationsprävention schwächt aber die regionale und internationale Positionierung der EU und schränkt die geopolitischen und außenpolitischen Möglichkeiten ein. Anstatt, wie vom ehemaligen Ratspräsidenten Michel gefordert, Macht und Stärke zu demonstrieren, zeigt die Überproblematisierung von Migration nach innen und außen die Schwäche der EU auf und macht sie bzw. die Mitgliedsstaaten verwundbarer bzw. abhängig von anderen Drittstaaten und erpressbar.

Die vorliegende Policy Analyse zeigt die Verknüpfung der EU-Geo- und Migrationspolitik auf und arbeitet Schwächen bzw. Folgen dieses Nexus heraus. Durch diesen analytischen Ansatz sollen die multidimensionalen Verflechtungen zwischen Migrationspolitik und geopolitischer Strategie der EU sowie deren Auswirkungen auf die Position, Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit der Union in ihrer Nachbarschaft aufgezeigt werden.

2. DIE EU ALS GEOPOLITISCHER AKTEUR: VON SOFT POWER ZU HARD POWER?

Geopolitik in ihrer ursprünglichen Konzeption analysiert die Interdependenz zwischen geografischen Faktoren und politischer Macht. Das Konzept der "Geopolitik" teilt die Welt in Einflussphären und verknüpft lokale sowie regionale Dynamiken mit dem globalen System internationaler Beziehungen. Geopolitik bietet somit einen Analyserahmen, um zu verstehen, wie Staaten ihre Ressourcen einsetzen, um ihre Interessen in einem komplexen globalen System durchzusetzen und ihre relative Machtposition zu stärken.

Die Etablierung der Europäischen Union als geopolitische Akteurin stellt angesichts ihrer einzigartigen institutionellen Struktur eine komplexe Herausforderung dar. Im Gegensatz zu Nationalstaaten ist die EU ein Verbund von souveränen Staaten, deren individuelle geopolitische Präferenzen durch ein Geflecht nationaler Faktoren und Interessengruppen geprägt sind. Diese

Präferenzen werden auf nationalstaatlicher Ebene maßgeblich durch geografische Gegebenheiten, die Größe des Landes, militärische und finanzielle Kapazitäten sowie historisch gewachsene Narrative und Rollenverständnisse beeinflusst. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die Erweiterungspolitik sowie die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) der EU zielen darauf ab, diese divergierenden nationalen Interessen zu harmonisieren und in einen kohärenten außenpolitischen Ansatz zu überführen. Dieser Prozess erweist sich in bestimmten Politikfeldern einfacher als in anderen. Daher liegt der Fokus heute in erster Linie auf Bereichen wie der Handelspolitik und der Sicherstellung von Rohstoffzugängen sowie auf dem Schutz der gemeinsamen Außengrenzen und dem Migrationsmanagement. Dies sind genau jene Themen, die den kleinsten gemeinsamen Nenner aller Mitgliedstaaten darstellen.

Die EU trat erst mit dem Ende des Kalten Krieges als ein gemeinsamer internationaler Akteur auf. Ihre gemeinsame außenpolitische Identität baute stark auf den liberalen Werten und Normen auf, die auch dem Entstehen der EU selbst zu Grunde liegen. Ian Manners (2002) Artikel, der die EU als einen normativen internationalen Akteur bezeichnet, war in diesem Sinne nicht nur im akademischen Bereich, sondern auch in den EU-Politikzirkeln sinnstiftend. In der Zeit nach dem Kalten Krieg, die als die Hochblüte des Liberalismus gilt, positionierte sich die EU glaubwürdig als ein Erfolgsmodell für das positive Zusammenwirken von Demokratie, liberaler Marktwirtschaft, wirtschaftlicher Verflechtung und institutioneller Kooperation. Lange Zeit positionierte sie sich als Antithese zum vorherrschenden militaristischen Verständnis von Geopolitik. Sie stellte sich in ihren Außenbeziehungen meist als eine zivile Kraft dar, die in ihrem Handeln gegenüber anderen von liberalen Normen und Werten geleitet war (Haukkala, 2008).

Allerdings wird dabei oft übersehen, dass die EU trotz ihrer normgeleiteten Politik bisher nicht frei von geopolitischen Überlegungen und Ansätzen war. Jedoch wurde Geopolitik weniger durch Hard Power, sondern primär mit Soft Power Instrumente betrieben (Duchene 1972, 1973, Manners 2002). Die Soft Power der EU baute und baut auf ihrer eigenen Erfolgsgeschichte - der Befriedung des europäischen Kontinents durch wirtschaftliche Interdependenz, bürokratische Verflechtung und politische Zusammenarbeit - auf. Dies versuchte die EU auch über ihre Grenzen hinaus umzusetzen. Es galt vor allem, Staaten im Osten und Süden Europas durch den Export von liberalen Normen und Werten sowie durch wirtschaftliche Integration und Annäherung an die EU zu transformieren und an die EU heranzuführen.

Die EU wurde zu einem wichtigen internationalen Partner, wenn es um den Abbau von Handelsbarrieren und den Aufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen, Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit ging. Die demokratische Transformation und Integration der post-kommunistischen Gesellschaften Zentral- und Osteuropas drängte gleichzeitig die Einflussphäre Russlands zurück und gilt somit als wichtigster geopolitischer Erfolg der EU. Die Aussicht auf Mitgliedschaft stellte für die jeweiligen Eliten den wichtigsten Anreiz für die Übernahme der Normen und Standards der EU dar. Die Beitrittsperspektive war somit lange Zeit das wichtigste und wohl auch erfolgreichste geopolitische Soft-Power-Instrument der EU. Allerdings geriet das Erweiterungsprojekt nach den großen Erweiterungsrounds in den Jahren

2004 und 2007 ins Stocken. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die 2005 begannen, sind seit längerer Zeit eingefroren. Die EU-Integrationsprozesse für die Westbalkanstaaten, denen bereits seit dem Jahr 2000 die Perspektive auf die Mitgliedschaft versprochen wurde, verlaufen schleppend bzw. stagnieren in einigen Fällen.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) war lange Zeit eines der wichtigsten gemeinsamen außenpolitischen und geopolitischen Instrumente für die Gestaltung der Beziehungen mit Staaten in der Nachbarschaft, denen man zumindest nicht auf absehbare Zeit eine Beitrittsperspektive anbieten konnte und wollte. Geleitet durch den Erfolg der Osterweiterung zielte die ENP darauf ab, EU-Normen und Standards in die Länder der Nachbarschaft zu exportieren und diese an die EU anzunähern. Im Gegenzug für Reformen im Sinne einer Annäherung an EU-Normen und Standards versprach man den Partnerstaaten schrittweisen Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Die ENP sollte eine Alternative zur Beitrittsperspektive darstellen, war aber in ihrer Logik von der Konditionalität der Beitrittsprozesse geleitet. Kommissionspräsident Romano Prodi bezeichnete die ENP als "everything but the institutions", also eine volle wirtschaftliche Integration, allerdings ohne politische Partizipation¹. Kooperation, wirtschaftliche Verflechtung und Normexport sollten demokratische und liberale Dynamiken in der Nachbarschaft in Bewegung setzen und dadurch rund um die EU einen Ring an stabilen und freundlichen Staaten schaffen.

Der Erfolg der ENP in der Transformierung der Gesellschaften und deren Demokratisierung war mäßig. Das geopolitische Ziel rund um die EU einen Ring an freundlichen und stabilen Staaten zu schaffen und Frieden und Sicherheit an den Rändern Europas zu fördern, ist weitgehend gescheitert. Stattdessen ist die europäische Nachbarschaft von Krieg, Konflikten, Krisen und Instabilität geprägt. Angesichts der gleichzeitigen Verschiebungen auf der internationalen Ebene hin zu einer multipolaren Welt, in der nicht mehr von der Hegemonie der liberalen Weltordnung ausgegangen werden kann, stößt die Soft Power der EU an ihre Grenzen.

3. EINE NEUE WELT UND IHR ZERWÜRFNIS MIT DER INTERNATIONALEN LIBERALEN ORDNUNG

Die "internationale liberale Ordnung" wird längst nicht mehr nur durch aufstrebende neue und alte internationale Mächte wie China und Russland, sondern auch von rechts-populistischen Bewegungen wie dem Trumpismus in demokratischen Staaten wie den USA herausgefordert. Zu beobachten ist zudem seit einigen Jahren der Aufstieg von Mittelmächten zu regionalen und internationalen Akteuren. Sie machen heute den Großteil der Staaten des internationalen Systems aus (Aydın-Düzgüt, 2023). Zu Mittelmächten zählen Australien, Kanada, Südkorea, Argentinien, Brasilien, Südafrika, Indonesien aber auch die Türkei, Saudi-Arabien oder der Iran. Viele dieser Staaten, insbesondere jene im

¹ Allerdings bildete für die sechs Staaten - aus der Gruppe der sogenannten „Östlichen Partnerschaft“ (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und die Ukraine) - die Beschleunigung der politischen Assoziierung dieser Staaten mit der EU eine wichtige Zielsetzung.

globalen Süden, sehen sich von der durch den Westen dominierten liberalen Weltordnung und ihren Institutionen benachteiligt. Sie ziehen deshalb Transaktionalismus und "Multi-Alignment" regelbasierten Vereinbarungen und Diplomatie vor bzw. versuchen sie, alternative Organisationen wie BRICS oder die Schanghai Cooperation Organization zu etablieren und zu stärken.

Ein besonders lauter Kritiker der westlichen Hegemonie ist der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Erdoğan hat sogar unter dem Titel "Eine gerechtere Welt ist möglich" (Erdoğan, 2021) 2021 ein Buch veröffentlicht. In dem Buch weist Erdoğan auf Ungerechtigkeiten im Umgang des Westens mit der Flüchtlingskrise, der Definition von Terrorismus bzw. dem unterschiedlichen Umgang mit terroristischen Bewegungen und Islamfeindlichkeit hin und fordert eine Reform der UNO bzw. des UNO-Sicherheitsrates.

In den meisten nordafrikanischen Ländern mischt sich unter die Kritik an den internationalen Institutionen der liberalen Ordnung die Aufarbeitung des europäischen Kolonialismus. Dies zeigt sich einerseits durch eine wachsende Skepsis gegen internationale Finanzinstitutionen und deren Bedingungen.

Der Angriffskrieg Russlands legte die wachsenden Spannungen im internationalen System offen bzw. zeigte den Unwillen vieler Mittelstaaten den Vorgaben des Westens. Dies wird beispielsweise in der außenpolitischen Strategie des ägyptischen Präsidenten Abd al-Fattah as-Sisis deutlich. Aufgrund der prekären finanziellen Lage Ägyptens pflegt as-Sisi einerseits enge Beziehungen zum Westen. Gleichzeitig baut er jedoch auch die Beziehungen zu Russland aus. Anfang 2024 trat Ägypten dem BRICS-Staatenverbund² bei, der sich offenkundig immer stärker als eine Alternative zu Institutionen wie den G7, die durch den Westen geprägt sind, versteht (Wagner, 2024).

4. SICHERHEIT UND MIGRATION ALS KLEINSTER GEMEINSAMER NENNER DER "EU-GEOPOLITIK"

Die Ausrufung des "geopolitischen Erwachens" (Borrell, 2022) der EU sind im Lichte dieser grundlegenden Veränderungen des internationalen Umfelds, in dem die EU agiert, zu betrachten: Einerseits ist die liberale internationale Ordnung - die Grundlage, auf der die EU in den letzten Jahrzehnten und vor allem ab dem Ende des Kalten Krieges florierte - in vielerlei Hinsicht herausgefordert. Andererseits sieht sich die EU vermehrt in Konkurrenz mit aufstrebenden internationalen und regionalen Akteur:innen, die sich gegen die europäischen Normen und Werte auflehnen und vor allem in der europäischen Nachbarschaft zum Teil in offener Konfrontation mit der EU und dem Westen stehen.

Es handelt sich somit weniger um ein proaktives und gestaltendes "geopolitisches Erwachen", sondern vielmehr um das Eingeständnis, dass die von Soft Power und Normen geleitete Geopolitik der EU in einer komplexeren, durch militärischen Wettbewerb und Krieg geprägten Welt, weniger Aussicht auf

² Allerdings bildete für die sechs Staaten - aus der Gruppe der sogenannten „Östlichen Partnerschaft“ (Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Moldau und die Ukraine) - die Beschleunigung der politischen Assoziierung dieser Staaten mit der EU eine wichtige Zielsetzung.

Erfolg hat. EU-Politiker:innen fordern, wenn sie von Geopolitik sprechen, daher kaum die Rückkehr zu der imperialistischen Machtpolitik europäischer Großmächte zum Ende des 19. Jahrhunderts, sondern sie propagieren damit eher eine realistische gemeinsame Außenpolitik, die auf militärische und sicherheitspolitische Aspekte fokussiert und sich der Machtdynamiken internationaler Akteur:innen bewusst ist (Lehne, 2020).

Normative Geopolitik, die auf Soft Power Instrumente setzt, wird somit in einem zunehmend durch Konflikt und Militarisierung geprägten Umfeld durch eine vom Realismus geleitete Geopolitik ersetzt, die mehr auf Hard Power setzt. Im Falle der östlichen Nachbarschaft verfolgt die EU weiterhin die Strategie, den Einfluss Russlands zurückzudrängen. Allerdings kommt es hier nicht zu einem gänzlichen Austausch der Politik-Instrumente, sondern vielmehr zu einer weitgehenden Vermischung. Ein Beispiel dafür ist die Gewährung einer Beitrittsperspektive für die Ukraine einerseits und die Verhängung harter Sanktionen gegen Russland andererseits. Darüber hinaus unterstützen einzelne Mitgliedsstaaten die Ukraine durch Waffenlieferungen und Trainings. Das Ziel der Eindämmung des russischen Einflusses ist nicht nur auf die post-sowjetischen Staaten wie die Ukraine, Moldawien, Armenien und Georgien beschränkt, sondern bezieht auch die Beitrittskandidaten des Westbalkans ein.

Neben der Zurückdrängung Russlands stellen Grenzschutz und die Eindämmung der Migration die wichtigsten geopolitischen und sicherheitspolitischen Ziele dar. Die Migrationsfrage ist eine geopolitische Frage, weil sie das strategische, politische militärische und wirtschaftliche Denken und Verhalten der EU gegenüber Staaten in der Nachbarschaft prägt. Aufgrund des Strebens nach Externalisierung ist es eine Politik, die Fragen der Souveränität und des Territoriums außerhalb der EU einbezieht. Neben dem Westbalkan stehen hier die Türkei und die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres im Fokus. Es gilt Migrationsrouten zu "schließen" und die Migrations- und Grenzschutzfrage so weit wie möglich vor- und auszulagern. Wie weiter oben erläutert, passiert dies einerseits durch sogenannte Deals, die Migrationsmanagement und finanzielle Zahlungen verknüpfen bzw. schließt die EU-Mobilitätsabkommen ab, die Anreize für Eliten schaffen oder durch Programme und Instrumente, die den Grenzschutz von Drittstaaten aufrüsten.

Ungeregelte Migration wird in diesem Ansatz als eine chronische "Krise" und Bedrohung für die Sicherheit des Kontinents und der Union wahrgenommen. Migrationsmanagement und Grenzschutz werden damit als Teil eines umfassenden Risikomanagements verstanden (Benam, 2011: 195). Risikomanagement bzw. "Krisensituationen" legitimieren in den Augen der Verantwortlichen und der Öffentlichkeit außerordentliche Maßnahmen und Praktiken, die manchmal auch im Widerspruch zu demokratischen Werten und Menschenrechten stehen können (de Vries & Guild, 2018).

5. DIE UMSETZUNG UND DIE FOLGEN DER MIGRATIONS-BASIERTEN GEOPOLITIK

2015 kamen die meisten Geflüchteten über die Ägäis bzw. die sogenannte Westbalkanroute in die EU. Nachdem hunderttausende Flüchtlinge über die westliche Route nach Westeuropa gelangt waren (siehe Abbildung 2), bemühten sich die EU bzw. einzelne Mitgliedsstaaten darum, die Route

weitgehend unpassierbar zu machen. Dies beinhaltete massive Investitionen einerseits in den eigenen Außengrenzschutz und andererseits in jenen der Beitrittskandidaten wie Serbien. Auch FRONTEX kam und kommt in den Westbalkanstaaten zum Einsatz. Ein weiteres wichtiges Instrument stellen die sogenannten Migrations Deals bzw. Mobilitätsabkommen zwischen der EU und einzelnen Staaten, vor allem des Mittelmeerraumes, dar.

Östliches Mittelmeer

Der sogenannte EU-Türkei-Migrations-Deal auf dem Sondergipfel im März 2016 abgeschlossen wurde, sollte die Migration über das östliche Mittelmeer, über die Ägäis nach Griechenland einschränken, bzw. aufhalten. Der Logik der Externalisierung folgend, stellte der Deal ein neues Instrument für eine migrationsgeleitete Geopolitik dar. Der Deal wurde mit dem EU-Kandidaten Türkei getrennt vom ohnehin eingefrorenen Beitrittsprozess transaktional abgeschlossen. Er sieht einerseits vor, dass die Türkei geflüchtete Syrer:innen daran hindert, weiter in die EU (nach Griechenland und Bulgarien) zu gelangen. Somit ist neben der griechischen und bulgarischen Küsten- und Grenzwahe noch vor der Außengrenze der Union auch die türkische mit dem Schutz der Grenze vor „irregulärer“ Migration betraut. Als Folge des Abkommens gab die Türkei zudem ihre Open-Door-Policy gegenüber Geflüchteten aus Syrien auf. Es wurde eine Visumpflicht eingeführt und auch die Grenzen im Osten des Landes zu Iran, Irak und Syrien befestigt. So wurde beispielsweise nach 2015 entlang der iranisch-türkischen Grenze bis 2024 eine 173 km lange Grenzmauer errichtet, weitere 163 km wurden mit Stacheldraht und Gräben verstärkt (Kaleji, 22.05.2024, MedyaNews, 20.06.2024). Die Mauer bzw. die Grenzzäune sollen „irreguläre“ Migrationsbewegungen, Schmuggel und die Grenzüberquerung durch PKK Militant:innen verhindern.

Neben der Grenzüberwachung im Osten und Westen übernimmt die Türkei im Rahmen des Deals mit der EU andererseits auch die Unterbringung von einer großen Anzahl syrischer Geflüchteter. Die offiziellen Zahlen belaufen sich auf 3.2 Millionen Personen (UNHCR, o.D.). Im Gegenzug erhielt die Türkei von der EU zwischen 2016 und 2019 sechs Milliarden Euro. Zwischen 2021-2023 zusätzliche drei Milliarden Euro (European Commission, o.D.). Die EU stellte auch eine Liberalisierung der Visaregelungen für türkische Staatsbürger:innen in der EU sowie die Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen in Aussicht. Im März 2016 wurde eine zusätzliche Vereinbarung getroffen, die die beschleunigte Abschiebung von Flüchtlingen von den griechischen Inseln in die Türkei vorsieht. Im Gegenzug für jeden abgeschobenen Flüchtling aus Griechenland sollte die EU einen Flüchtling aus der Türkei aufnehmen (Heck und Hess, 2017: 39).

Die Negativfolgen und letztlich auch die Ineffizienz des EU-Türkei-Deals sind omnipräsent. Es konnte unmittelbar kein kausal messbarer Rückgang der Zahlen im Zusammenhang mit dem Deal gemessen werden (Spijkerboer, 28.09.2016). Allerdings kam es zu einer Verzögerung von Migrationsbewegungen und damit verbundenen Folgen. Studien, wie jene die derzeit am oip für das AMS durchgeführt werden legen offen, dass syrische Migrant:innen in der Türkei multidimensionalen Aspekten sozioökonomischer Marginalisierung ausgesetzt sind. Darunter finden sich Faktoren wie eingeschränkte Beschäftigungsmöglichkeiten und ökonomische Deprivation sowie erschütternde Erfahrungen von rassistischer Diskriminierung, Belästigung, Gewalt und staatlich sanktionierten Abschiebungen. Da sie keine Sozialleistungen erhalten, ist schulische Weiterbildung kaum bis gar nicht möglich. Im Sommer und Herbst 2022 erlebte Österreich einen erneuten erheblichen Anstieg syrischer Migrant:innen. Diese Kohorte meist niedrigere Bildungslevels, schlechtere Gesundheitsergebnisse (physisch und psychisch)

und einen niedrigeren sozioökonomischen Hintergrund auf. Ihre “protracted displacement” Erfahrungen in der Türkei haben folglich nicht nur zur Folge, dass sie die Türkei verlassen und versuchen ihren Weg in die EU fortzusetzen. Sie führen auch dazu, dass ihre nachhaltige Arbeitsmarktintegration in Aufnahmestaaten wie Österreich zusätzlich erschwert und folglich zusätzliche Unterstützungsleistungen (etwa im Bereich Gesundheit und Alphabetisierung) notwendig sind.

Der Migrations-Deal hat aber auch kaum politische Gewinne für die Türkei mit sich gebracht. Es kam weder zu einer Visaliberalisierung noch wurde die Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen umgesetzt. Der Migrations-Deal führte auch dazu, dass die EU bei Autokratisierung und Repression durch die türkische Regierung wegsah, bzw. diese indirekt legitimierte. Die Investitionen in den Grenzschutz und die Küstenwache nutzt die türkische Regierung aber nicht nur gegen “irreguläre” Migration, sondern insbesondere dem gescheiterten Putschversuch 2016 auch gegen eigene Staatsbürger:innen. So soll unter anderem auch die Flucht von gesuchten Anhänger:innen der Gülen-Bewegung, die hinter dem Putschversuch vermutet wird, über den Seeweg nach Griechenland, verhindert worden sein.

Westliche und zentrale Mittelmeerroute - Nordafrika

In den letzten Jahren haben sich die Migrationsrouten über das Mittelmeer vom östlichen Mittelmeer und der Ägäis weiter in den Westen verschoben. Derzeit sind die zentrale Mittelmeerroute zwischen Tunesien und Italien, die westliche Mittelmeerroute zwischen Nordafrika und Spanien und die Route zwischen dem Senegal und der Westsahara über den Atlantik hin zu den Kanarischen Inseln besonders stark frequentiert (Gasteli, 21.05.2024; siehe Abbildung 2).

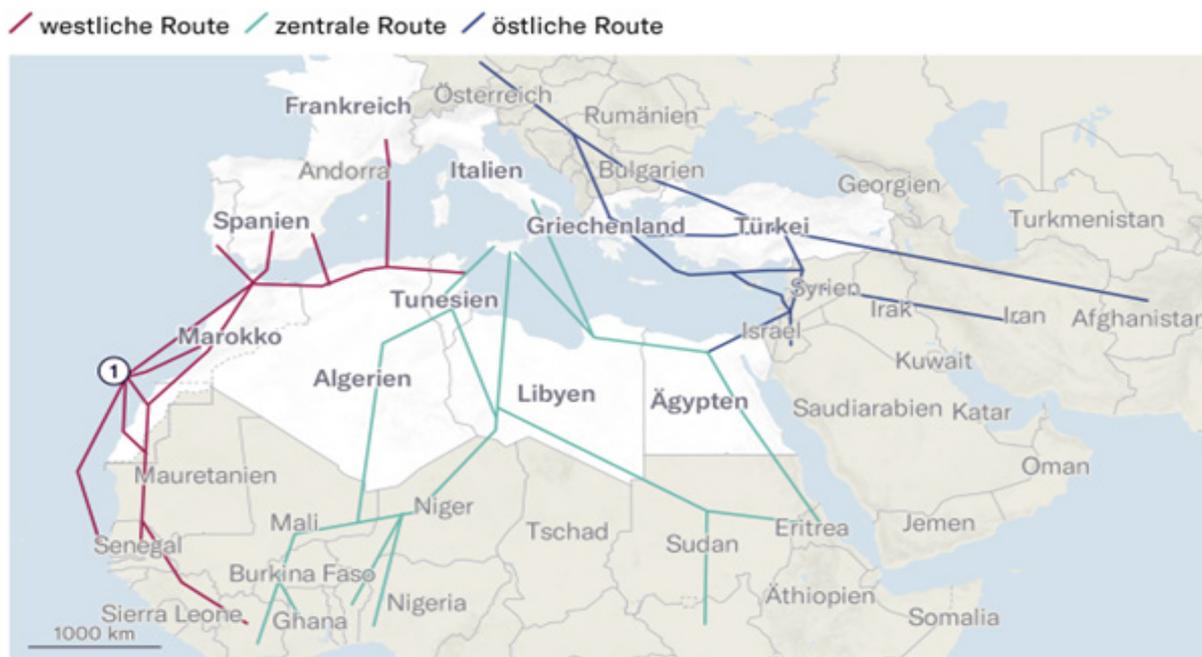


Abbildung 2 Die drei wichtigsten “irregulären” Migrationsrouten nach Europa (Monn, 2023).

Um die Westroute nach Spanien einzuschränken, hat die EU bereits 2013 ein Mobilitätsabkommen mit Marokko geschlossen, das die Bereiche „Grenzmanagement, sozioökonomische Integration, institutionelle Unterstützung und Kapazitätsaufbau sowie Schutz und Rechte von Migranten“ (Europäischer Rat, o.D.) umfasst. Die Europäische Union versprach damit einhergehend beispielsweise ihre Unterstützung bei der Umsetzung Marokkos nationaler Migrations- und Asylstrategie (SNIA). Zudem stellte die EU Marokko Visaerleichterungen in Aussicht, die heute jedoch nur der marokkanischen Elite, d.h. Geschäftsleuten, Studierenden oder Forscher:innen, Vorteile bringen - wobei auch für sie kein großer Mehrwert zur vorherigen Visaregelung erkennbar ist (Abderrahim, 2019). Auch die Förderung regulärer Migrationswege nach Europa, die die EU seit Beginn der Mobilitätspartnerschaft in Aussicht stellt, wurde bis heute nicht umgesetzt (European Commission, 2013; Abderrahim, 2019). Gleichzeitig existiert bislang kein rechtsgültiger Rahmen, welcher der EU die Rückführung von marokkanischen und sonstigen Drittstaatsangehörigen wie Senegales:innen von europäischen Ländern nach Marokko erlaubt. Weitere EU-Marokko Abkommen sind daher in Verhandlung (Holleis, 23.01.2024). Dennoch kooperiert Marokko derzeit in Bezug auf Rückführungen mit einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Es wird aber deutlich, dass bei dem Mobilitätsabkommen vor allem der Grenzschutz im Vordergrund steht, den sich die EU einiges kosten lässt. 2018 stellte die EU Marokko zusätzlich 140 Millionen Euro, zwischen 2019 und 2022 weitere 346 Millionen Euro zur Verfügung. Im EU-Budget von 2021 bis 2027 sind weitere 500 Millionen Euro veranschlagt (Martín, 2022). Das Ziel der EU, den „Schutz von Migrant:innen“ zu fördern, wird hingegen alles andere als gewährleistet. Dies zeigt sich besonders drastisch am Beispiel der spanischen Exklave Melilla. Das dort etablierte restriktive Grenzmanagement - bei dem die funktionierende Kooperation mit Marokko eine wesentliche Rolle spielt - hat zur Folge, dass es für „irreguläre“ Migrant:innen unmöglich ist, in Melilla Asyl zu beantragen, ohne ihr Leben durch einen „Salto“ über den NATO-Stacheldrahtzaun oder das Meer zu riskieren (Mijatović, 2022; CEAR, 2022). Wie gefährlich ein solcher Versuch für Migrant:innen ist, wurde am 24. Juni 2022 deutlich. An dem betreffenden Tag versuchten etwa 2.000 Migrant:innen, den Grenzzaun zu überwinden. Daraufhin reagierten die spanischen und marokkanischen Sicherheitskräfte mit massiver Gewaltanwendung. Die hohe Zahl der Toten und Verletzten macht das sogenannte „Nador-Melilla-Massaker“ (Irdia et al., 2024) zu einem der schwersten Verbrechen, das im Rahmen des diskriminierenden und militarisierten „Schutzes“ der europäischen Grenzen in den letzten 30 Jahren verübt wurde. Weder Spanien noch die EU haben bis dato Maßnahmen ergriffen, um die Vorfälle transparent aufzuklären, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, bzw. den Opfern und ihren Angehörigen Wiedergutmachung zu leisten (European Council of Refugees and Exiles, 2022; CEAR, 2022).

Die Gewaltanwendung an der Grenze in Melilla ist allerdings zumindest dokumentiert und bietet einen Einblick in die Praxis von Gewalt bzw. die Rechtsfreiheit, die im Bereich des Grenzschutzes zunehmend Anwendung findet. Seit dem „Nador-Melilla-Masakker“ sind die Zahlen ankommender Migrant:innen in Melilla deutlich gesunken. Harte Grenzschutz führt jedoch nur eingeschränkt zu einer Abnahme von Migration, vielmehr verschieben sich die Migrationsrouten. So nahmen seit dem die Ankünfte über die sogenannte Atlantikroute auf die Kanarischen Inseln zu. Damit ging auch Zahl der Todes- und Vermisstenfälle in die Höhe. Zwischen 2020 und 2021 wurden nach Angaben der IOM knapp 2.000 Personen im Atlantik zwischen dem Nordwesten Afrikas und den Kanarischen Inseln geborgen oder gelten als vermisst. Die von Schmuggler:innen organisierte Überfahrt in „Pateras“ von Mauretanien oder dem Senegal auf die Kanarischen Inseln gilt als eine der tödlichsten Routen der Welt (Hairsine, 2023).

2024 unterzeichnete die EU Migrationsabkommen mit Mauretanien, Tunesien und Ägypten. Im Gegenzug

für die Verstärkung der Grenzkontrollen und die Beherbergung von Geflüchteten will die EU an Mauretanien 210 Millionen Euro (ISS 23.04.2024), Ägypten 7.4 Milliarden Euro, an Tunesien eine Milliarde plus 105 Millionen für Investitionen in den Grenzschutz, zahlen (Vinocur, 17.03.2024).

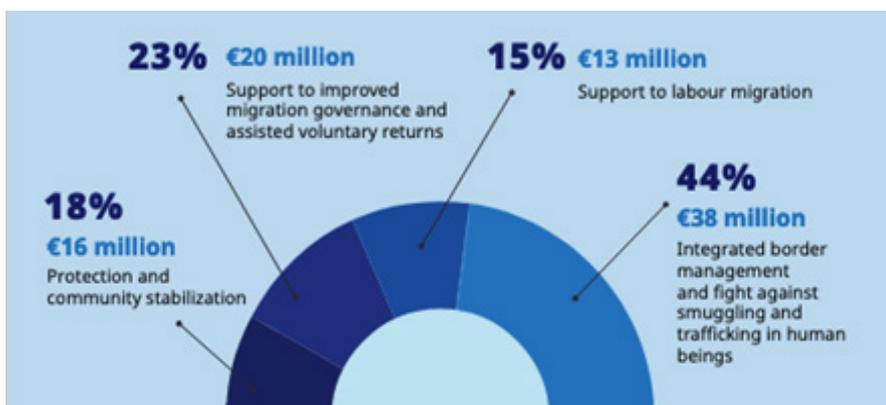


Abbildung 1 Verteilung der EU-Migrationshilfen an Tunesien im Rahmen des EU-Treuhandfonds (European Union, 2023).

Worauf der Fokus der EU bei den Abkommen mit Drittländern liegt, wird bei Betrachtung der Aufteilung der Gelder, die Tunesien erhält, deutlich. Zwischen 2015 und 2021 flossen 44% der Finanzierung aus dem EUTF für Afrika, der das wichtigste Instrument für die Unterstützung Tunesiens darstellt, in das sogenannte integrierte Grenzmanagement und den Kampf gegen Schmuggel und Schlepperei (European Union, 2023). Tunesien rüstete mit Hilfe von EU Geldern vor allem die Grenze zu Libyen auf. Dies beinhaltet einen Grenzwall, Überwachungstechnologien wie Wärmekameras und Drohnen (Günay & Somavilla, 2019). Die Verschränkung von Migration, Sicherheit und Geopolitik hat damit auch die Entwicklung und den Export von Überwachungstechnologien gefördert, die bislang vor allem im militärischen Bereich Anwendung fanden. Dazu zählen Überwachungskameras, Drohnen, Wärmekameras, Sensoren, Satelliten, Kohlendioxid-Detektoren und ähnliches.

Neben dem Aufbau einer neuen Industrie für militärische Sicherheitstechnologie hat die Entwicklung dieses Sektors auch den Aufbau eines Informationssystems zur Bereitstellung von Bildern und Informationen nicht nur von den Außengrenzen der EU, sondern auch darüber hinaus zum Ziel. Diese Informationen können nicht nur zur Verhinderung von Migration und zur Rettung von Menschen in Seenot, sondern auch für andere geopolitische Interessen dienen (Léonard und Kaunert, 2021).

In Libyen, das als ein weiteres wichtiges Transitland für Migration gilt, baut die EU unter der Führung von Italien auf die Zusammenarbeit mit lokalen Milizen. Italien bildet seit 2017 bewaffnete Gruppen aus, die stellvertretend für die EU Migrant:innen an der Weiterreise hindern und internieren (Economist, 2022). Dies geschieht weitgehend unter Missachtung von Mindeststandards. Zudem kommt es auch zu Menschenrechtsverletzungen. Zu Libyen aber auch Tunesien gibt es mehrfache Berichte über das Aussetzen von Migrant:innen in der Wüste. Derlei brutale Aktionen werden nicht nur von nicht-staatliche Milizen, sondern auch von staatlichen Organen wie der tunesischen Nationalgarde umgesetzt. Im Herbst 2024 gab es Berichte, dass Angehörige der tunesischen Nationalgarde eine Gruppe von Migrant:innen aus verschiedenen afrikanischen Ländern nahe der algerischen Grenze in der Wüste aussetzten und ihrem Schicksal überließen (Speakman Cordall, 12.09.2024).

Zudem ist die EU bemüht, auch Migrationsbewegungen Richtung Norden in Afrika selbst einzuschränken. Bereits 2015 unterzeichnete die EU mit Niger das sogenannte Brüssel-Niamey Abkommen. Niger wird als das wichtigste Transitland für die weitere Migration in Richtung zentraler Mittelmeerroute gesehen. Im Gegenzug für Maßnahmen, die Menschenschmuggel und Migration eindämmen sollten, erhielt Niger zwischen 2015 und 2022 mehrere Hundert Millionen Euro für Fonds und Projekte (Bisong, Jegen & Mounkaila, 2023). Niger akzeptierte unter anderem auch die Teilnahme im sogenannten Emergency Transit Mechanism (ETM), das die Evakuierung bzw. Rückführung von vulnerablen Flüchtlingen aus Libyen nach Niger, bis zu ihrer Platzierung in anderen Ländern, vorsieht (ebd: 6). Die migrationsgeleitete Geopolitik der EU führt zur Versicherheitlichung von Migration und zu Einschränkungen in der Mobilität auch in der Sahel Region. Dies ist vor allem durch eine Zunahme von Checkpoints entlang von Transitrouten, verstärkten Grenzkontrollen zwischen den Staaten der Region mit Einschränkungen für den Personen- und Güterverkehr und Nachteilen für den regionalen Handel einher. Zudem ist eine Zunahme von Korruption zu beobachten (Frouws & Brenner, 2019). Niger beendete das Abkommen mit der EU nach dem Militärputsch im Juli 2023.

Auch die Grenzschutzagentur Frontex ist in der Sahel Zone aktiv. FRONTEX soll dabei bei der Umsetzung von Grenzschutz im Süden Libyens und an der algerisch-malischen Grenze unterstützen. Ebenso will die EU Niger bei der Entwicklung einer Migrationspolitik unterstützen. Dabei soll es darum gehen, dass Niger ein Asylsystem entwickelt, das es erlaubt, Flüchtlinge und Asylsuchende aus Burkina Faso, Mali, Nigeria und Libyen aufzunehmen (Statewatch, 10.03. 2022).

Die Balkanroute

Die Geopolitik der EU in Bezug auf den Westbalkan ist einerseits durch das Bestreben geprägt, den Einfluss Russlands zurückzudrängen und andererseits die sogenannte Westbalkanroute weitgehend zu schließen.

Im Juni 2024 unterzeichneten die EU und Serbien ein Abkommen über eine stärkere Kooperation im Bereich des Grenz- und Migrationsmanagement. Das Abkommen räumt auch der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX eine stärkere Präsenz in Serbien ein. Frontex kann nun überall in Serbien, in Absprache mit der serbischen Regierung die sogenannte ständige Reserve der Europäischen Grenz- und Küstenwache stationieren. Sie beteiligen sich an sogenannten Joint-Operations mit den serbischen Behörden (European Commission, 25.06.2024). Dies beinhaltet auch Einsätze an den Grenzen Serbiens mit anderen nicht-EU Staaten. Abkommen wie jenes mit Serbien wurden auch mit Montenegro und Albanien abgeschlossen. Insgesamt sind derzeit 480 Frontex Beamte auf dem Westbalkan stationiert (ebd.).

Immer wieder gibt es Berichte über illegale Pushbacks und Menschenrechtsverletzungen an den verschiedenen Grenzen auf dem Westbalkan. Im Februar 2024 tauchten Videos auf, die zeigen wie eine Gruppe von Männern bei kalten Temperaturen halbnackt von Grenzbeamt:innen über die serbisch-nord-mazedonische Grenze nach Nordmazedonien getrieben werden (Fallon & Tondo, 22.02.2024). An so gut wie allen Grenzen in der Region Südosteuropa - zwischen Kroatien und Bosnien, Serbien und Bosnien und Herzegowina, Serbien und Bulgarien etc.- kommt es regelmäßig zu illegalen Pushbacks und Polizeigewalt (Proasyl, 28.03.2024). In Serbien und Bosnien und Herzegowina sind Migrant:innen in zahlreichen staatlich betriebenen Lagern und Sammelzentren untergebracht bzw. sind auch oft jenseits

der staatlichen Versorgung auf sich allein gestellt. Auch Bosnien-Herzegowina, wo sich in den letzten Jahren immer mehr Geflüchtete „auf Durchreise“ befinden bzw. auch aufgenommen wurden, wird nun von der EU mit der für Grenzschutz nötigen technischen Ausrüstung und Technologie ausgestattet. Ebenso sollen die Kapazitäten des Grenzschutzes ausgebaut werden, bzw. sollen sie für die Nutzung der Technologien ausgebildet werden (Sarajevo Times, 21.02.2024).

Migrations- und Grenzmanagement spielen auch in den Beitrittsprozessen der Kandidatenländer wie Serbien, Montenegro, Albanien, Nord Mazedonien und Bosnien-Herzegowina eine wichtige Rolle. Die Übernahme der EU-Regulierungen, die Anpassung des Visa-Regimes gegenüber Drittstaaten, Rücknahmeabkommen sowie die Koordinierung von Grenzschutz sind inzwischen Bedingungen für den Fortschritt in den Verhandlungen. Gleichzeitig nutzen autoritäre Populisten wie Aleksandar Vucic in Serbien oder Edi Rama in Albanien die Migrationsfrage als ein Instrument für die Außenlegitimierung durch die EU. Im Gegenzug für Kooperationen im Migrations- und Grenzmanagement drückt die EU bei der Einschränkung der Medienfreiheit und anderen Maßnahmen, die im Widerspruch zu demokratischen Prinzipien stehen, ein Auge zu.

Albanien stellt hier überhaupt eine Besonderheit dar. Neben dem Kooperationsabkommen mit der EU hat Albanien auch ein bilaterales Migrationsabkommen mit Italien abgeschlossen. Im Geiste Externalisierung will die italienische Ministerpräsidentin Meloni, italienische Asylverfahren in Aufnahmezentren in Albanien durchführen und damit den Asylprozess vom italienischen Territorium auslagern. Nachdem italienische Gerichte im Herbst 2024 zweimal hintereinander die Überstellung und Inhaftierung von Migrant:innen nach Albanien für rechtswidrig erklärt und aufgehoben hatten, zog Italien Ende November den Großteil des italienischen Personals aus den Aufnahmezentren in Albanien ab. Allerdings bedeutet dieser Rückschlag nicht die Aufgabe der Strategie der Externalisierung (Der Standard, 23.11.2024).

Die Folgen einer migrationsgeleiteten Geopolitik

Die Migrationsdeals haben zwar teilweise bzw. zeitweise geholfen Migration über diese Staaten einzuschränken, sie haben aber auch zur Folge, dass sich die EU in die Abhängigkeit von autoritären Persönlichkeiten und sogar von Milizen gebracht hat. Die EU ist durch eine migrationsgeleitete Geopolitik inzwischen in Territorien und Bereichen aktiv, die aus rechtsstaatlicher Sicht eine Grauzone darstellen. Dies fördert informelle Beziehungen und macht Migration zu einem Druckmittel.

Die Abhängigkeit und Verwundbarkeit von anderen wurden im Februar 2020 deutlich, als Präsident Erdoğan den Grenzschutz an der griechisch-türkischen Grenze aufhob und tausende Flüchtlinge sich in Richtung Grenze auf den Weg machten. Die Liste von Fällen bei denen Drittstaaten ihre Kontrolle über Migrationsströme als Druckmittel gegen die EU einsetzen, hat sich zu einem wiederkehrenden Muster entwickelt. Neben dem türkischen Präsident Erdoğan machte beispielsweise auch Marokko deutlich, dass es nicht davor zurückschreckt, Migrant:innen als Druckmittel einzusetzen, um den politischen Forderungen gegenüber Europa Nachdruck zu verleihen (Norman, 2020; Tsourapas, 2022). Dies zeigte sich im Mai 2021, als innerhalb weniger Tage fast 12.000 Jugendliche „irregulär“ Ceuta erreichten, nachdem die marokkanischen Grenzbeamt:innen vorübergehend die Kontrolle der Grenze auf ihrer Seite ausgesetzt hatten und der Überquerung der Grenze tatenlos zusahen (Ferrer-Gallardo & Gabrielli, 2023). Marokko wurde darüber hinaus beschuldigt, seine eigene Bevölkerung – und darunter auch Minderjährige (Independent, 2021) – zum „irregulären“ Grenzübertritt zu ermutigen (Kassam, 2021). Grund war die Verstimmung des marokkanischen Königs darüber, dass der Chef der westsaharischen Unabhängigkeitsbewegung Polisario und Präsident der Exilregierung, Brahim Ghali, in einem spanischen

Krankenhaus behandelt wurde (Ghali, 02.06.2021).

Zudem leiden die Staaten außerhalb der Union auch zunehmend unter dem Migrationsdruck. Es formiert sich Widerstand gegen die Abkommen mit der EU - wie z.B. in Mauretanien wo die Opposition massiv dagegen mobilisiert (ISS 23.04.2024). Zudem nimmt die Zahl von rassistischen Übergriffen gegen Migrant:innen und Geflüchtete in diesen Ländern stark zu.

6. CONCLUSIO

Geopolitik ist nicht neu im Repertoire der EU. Allerdings haben sich die Form, Ansätze bzw. Instrumente der EU verändert. Während bislang die Geopolitik der EU auf Transformierung und Annäherung durch Normexport und wirtschaftliche Integration – also die Idee der Veränderung durch Soft Power – aufbaute, wird heute ein realistischer territorialer Ansatz eingefordert. Neben dem Krieg in Russland spielt hier auch die Angst vor unregulierter Migration eine wesentliche Rolle. Insbesondere in ihren Beziehungen mit Staaten auf den Migrationsrouten in Richtung Europa sowie z.B. den Westbalkanstaaten, der Türkei und den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten, ist das Migrationsthema prägend. Das Bestreben, Migration und Asyl möglichst schon vor den europäischen Außengrenzen zu stoppen und zu begrenzen, dominiert die strategischen Überlegungen der EU. Die Geopolitik der EU in diesen regionalen Räumen beinhaltet neben der Einbindung der Westbalkanstaaten in das EU Migrations- und Grenzmanagement sogenannte Migrationsdeals mit Partnerstaaten im Mittelmeerraum (wie der Türkei, Ägypten, Tunesien oder Marokko). Die Deals dienen nicht nur dazu, Migrant:innen und Geflüchtete in diesen Ländern unterzubringen bzw. an der Weiterfahrt nach Europa zu hindern, sondern sie binden auch Drittstaaten in das Migrations- und Grenzmanagement der EU ein. Zudem sollen die Partner zur Rücknahme von Migrant:innen aus der EU verpflichtet werden.

Die Strategie, Migrant:innen im Rahmen von migrationspolitischen Abkommen wie dem EU-Türkei-Deal in Drittstaaten zu "parken", wo ihre Grundrechte und grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Bedürfnisse oftmals unerfüllt bleiben, hat sich als kontraproduktiv erwiesen. Diese migrationspolitische Maßnahme führt lediglich zu einer zeitlichen Verzögerung der Ankunft "irregulärer" Migrant:innen in Europa, ohne das Grundphänomen anzugehen. Das Ergebnis ist eine anhaltende, wenn auch verzögerte Migrationsbewegung nach Europa – bei gleichzeitigem Rückbau integrationspolitischer „Sondertöpfe“; wie sie beispielsweise 2015 eingeführt worden waren. Paradoxerweise erschwert diese Verzögerung den Integrationsprozess und verursacht letztlich höheren Integrationsbedarf durch mehr Investitionen in Basisbildung und Stabilisierung der Ankommenden, und somit höhere sozioökonomische Kosten für die europäischen Aufnahmegesellschaften.

Mit den Abkommen gehen oftmals auch Anpassungen in den Visa-Regimen sowie der Aufbau und Ausbau des Grenzschutzes der jeweiligen Staaten einher. Die EU investiert massiv in Überwachungstechnologien und das Training von Grenzschutzbeamt:innen in Partnerstaaten. Ähnliche Abkommen wurden auch mit den Westbalkanstaaten abgeschlossen. Hier wurde die Einbindung in das EU Migrations- und Grenzmanagement sogar zu einer Bedingung in den Beitrittsprozessen dieser Staaten.

Eine problematische Grauzone stellt die Zusammenarbeit mit Milizen und anderen nicht-staatlichen Bewegungen und Organisationen in Libyen und der Sahel- Zone dar.

Raffaella del Sarto vergleicht das Agieren der EU mit jenem des Römischen Reiches. Ähnlich wie das Römische Reich schafft die EU periphere Zonen, die als Puffer für das Zentrum des Reiches dienen. Dies erfolgt durch die Kooptierung der politischen und wirtschaftlichen Eliten in diesen Regionen und durch die Einbindung in bestimmte Teile der EU-Governance (Raffaella A. Sarto, 2010: 150). Der tatsächliche Erfolg dieser Strategien ist umstritten. Gleichzeitig toleriert die EU in diesen Regionen rechtliche, soziale und humanitäre Verhältnisse, die mit den eigenen Prinzipien bzw. dem eigenen Recht nicht zu vereinbaren sind. Es werden somit rechtsfreie Räume, in denen Geflüchtete oft der Willkür von lokalen Behörden, Milizen, Schleppern und anderen Gruppen ausgesetzt sind, nicht nur toleriert, sondern geschaffen. Es besteht hier auch die Gefahr eines umgekehrten Spill-Over-Effekts der angewandten Praktiken. Informalität, rechtsfreie Räume und Gewalt gegen Geflüchtete können über die Grenzen hinweg wirken und sich auch in den Grenzpraktiken der EU manifestieren bzw. negative Effekte auf die Rechtsstaatlichkeit in der EU haben. Hierzu gibt es Berichte über gewaltsame Pushbacks und ähnliche Praktiken, die nicht rechtskonform sind.

Zudem sind beinahe alle diese Partnerländer von Autokratisierung und der Personalisierung von Macht betroffen. Die Politik der EU legitimiert nicht nur Autokraten, sondern sie stärkt noch weiter ihre Macht. Sie schafft sich dadurch Vasallen - Proxies, die ihre Dienste anbieten, um Flüchtlinge aufzuhalten, die aber sonst weitgehend unkontrollierbar sind. Nicht selten nutzen autoritäre Herrscher in der Nachbarschaft Migration als ein Druckmittel gegen die EU.

Wichtig zu erwähnen ist auch, dass die meisten autoritären Herrscher in den Staaten, mit denen die EU-Deals abschließt, auch in ihrer Außenpolitikgestaltung nicht unbedingt EU-freundlich sind. Präsident al-Sisi oder Präsident Erdoğan reihen sich bei internationalen Konflikten wie dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine nicht unbedingt in die Positionen der EU bzw. des Westens ein. Die EU gibt damit nicht nur ihre bisherige Selbstpositionierung als normgeleitete liberale Kraft auf, sondern sie vernachlässigt auch andere wichtige geopolitische Aspekte wie Ressourcensicherung und Wertschöpfungsketten.

Abschließend ist festzuhalten, dass geopolitische Ansätze, die vornehmlich darauf abzielen, Migration zu externalisieren, reaktiv und nicht proaktiv sind. Migrationsgeleitete geopolitische Strategien sind nicht nur reaktiv, sondern auch zu eng ausgelegt. Sie können kaum weitergehende wirtschaftliche, politische, soziale, militärische und kulturelle Interessen der EU in den einzelnen Regionen berücksichtigen. Fazit ist – geopolitisches Erwachen der EU muss als ein ganzheitlicher und konsequenter Prozess vonstatten gehen, um die weitere Erosion der geopolitischen Handlungsfähigkeit der EU zu verhindern. Der verengte Fokus auf die Migrationsfrage ist für einen solchen Prozess kontraproduktiv und mit vielen „Kollateralschäden“ für die Glaubwürdigkeit der EU und letztlich auch ihre normative Kraft verbunden.

LITERATURVERZEICHNIS

- Abderrahim, T. (2019, Mai). A tale of two agreements: EU migration cooperation with Morocco and Tunisia. EuroMesco (online): https://www.euromesco.net/wp-content/uploads/2019/04/EuroMeSCo-Paper_A-tale-of-two-agreements.pdf (Zugriff: 15.10.2024).
- Aydın-Düzgit, S. (2023). Authoritarian middle powers and the liberal order: Turkey's contestation of the EU. *International Affairs* (London), 99(6), 2319–2337. <https://doi.org/10.1093/ia/iad225>
- Benam, C. H. (2011). Emergence of a “Big Brother” in Europe: Border Control and Securitization of Migration. *Insight Turkey* 13(3),191–207.
- Bisong, A. Jegen, L. & Mounkaila, H. (2023). What does the regime change in Niger mean for migration cooperation with the EU? ECDPM- The Centre for Europe - Africa Relations, (online): <https://ecdpm.org/work/what-does-regime-change-niger-mean-migration-cooperation-eu> (Zugriff: 10.12.2024).
- Borell, J. (13.10.2022). European Diplomatic Academy: Opening remarks by High Representative Josep Borrell at the inauguration of the pilot programme (online): https://www.eeas.europa.eu/eeas/european-diplomatic-academy-opening-remarks-high-representative-josep-borrell-inauguration-pilot_en (Zugriff: 15.10.2024).
- Buzan, B., Wæver, O., & De Wilde, J. (1998). *Security: A new framework for analysis*. Lynne Rienner Publishers.
- Comisión Española de Ayuda al Refugiado (CEAR). (2022). CEAR lamenta que Marlaska insista en justificar violencia y devoluciones en las fronteras (online): https://www.cear.es/muerte-melilla-24j/?_gl=1*5pn8rk*_up*MQ..*_ga*MTE2MDQxMDY4My4xNzE0NjQ1ODMy*_ga_TBCN09Z476*MTcxNDY0NTgzMi4xLjAuMTcxNDY0NTgzMi4wLjAuMA (Zugriff 02.10.2024).
- Czaika, M., & de Haas, H. (2013). The Effectiveness of Immigration Policies. *Population and Development Review*, 39(3), 487–508. <http://www.jstor.org/stable/23655336>
- Czaika, M., & Hobolth, M. (2016). Do restrictive asylum and visa policies increase irregular migration into Europe? *European Union Politics*, 17(3), 345–365. <https://doi.org/10.1177/1465116516633299>
- De Vries, L. A., & Guild, E. (2018). Seeking refuge in Europe: spaces of transit and the violence of migration management. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 45(12), 2156–2166. <https://doi.org/10.1080/1369183X.2018.1468308>
- Del Sarto, R., Nicolaidis, K., & Bechev, D. (2010). Borderlands: The Middle East and North Africa as the EU's Southern Buffer Zone. In *Mediterranean Frontiers* (pp. 149–165). I.B.Tauris & Co. Ltd. <https://doi.org/10.5040/9780755620586.ch-008>
- Der Standard. (23.11.2024). Italien zieht Personal aus Flüchtlingslagern in Albanien ab (online): <https://www.derstandard.at/story/3000000246195/italien-zieht-personal-aus-fl252chtlingslagern-in-albanien-ab> (Zugriff: 11.12.2024).
- Duchêne, F. (1972). Europe's Role in World Peace. In R. Mayne, (Ed.), *Europe Tomorrow: Sixteen Europeans Look Ahead* (pp. 32-47). Fontana/Collins.
- Duchêne, F. (1973). The European Community and the uncertainties of interdependence. In *A nation writ large? Foreign-policy problems before the European community* (pp. 1-21). London: Palgrave Macmillan UK.
- Erdoğan, Recep T. (2021). *Daha adil bir dünya mümkün*. Turkuvaz Kitap.
- Europäischer Rat. (o.D.). Migrationsströme auf den westlichen Routen (online): <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-migration-policy/western-routes/#afric> (Zugriff: 21.11.2024).
- European Commission. (09.10.2014). EU-Jordan: a new partnership to better manage mobility and

migration. Press release (online): https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_14_1109 (Zugriff: 10.10.2024).

- European Commission. (18.11.2011). The Global Approach to Migration and Mobility. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. COM [2011] 743 final. Brussels (online): <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0743:FIN:EN:PDF> (Zugriff: 20.10.2024).
- European Commission. (25.06.2024). EU signs agreement with Serbia to strengthen migration and border management cooperation (online): https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/news/eu-signs-agreement-serbia-strengthen-migration-and-border-management-cooperation-2024-06-25_en (Zugriff: 15.11.2024).
- European Commission. (27.09.2023). Bilanz zur EU-Hilfe für Flüchtlinge und Aufnahmegemeinschaften in der Türkei (online): https://germany.representation.ec.europa.eu/news/bilanz-zur-eu-hilfe-fur-fluechtlinge-und-aufnahmegemeinschaften-der-tuerkei-2023-09-27_de (Zugriff 11.11.2024).
- European Commission. (o.D.). EU Support to Refugees in Türkiye (online): https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/enlargement-policy/turkiye/eu-support-refugees-turkiye_en (Zugriff 11.11.2024).
- European Commission (07.06.2013). EU und Marokko unterzeichnen Partnerschaftsabkommen zur Steuerung von Migration und Mobilität (online): März 2024, von https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_13_513 (Zugriff 14.11.2024).
- European Council of Refugees and Exiles. (2022). Spain: Government Sticks to Script on Melilla Massacre in Face of Mounting Evidence Disputing it - MPs Call for Marlaska to Resign, Spain and Morocco Continue Strengthening Relations (online): <https://ecre.org/spain-government-sticks-to-script-on-melilla-massacre-in-face-of-mounting-evidence-disputing-it-mps-call-for-marlaska-to-resign-spain-and-morocco-continue-strengthening-relations/> (Zugriff: 15.11.2024).
- European Union. (2023). EU Migrations Support in Tunisia (online): https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/document/download/5fd60eeb-7748-4f29-bda6-de875be53317_env (Zugriff 07.12.2024).
- European Union. (2024). EU signs agreement with Serbia to strengthen migration and border management cooperation (online): https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/news/eu-signs-agreement-serbia-strengthen-migration-and-border-management-cooperation-2024-06-25_en (Zugriff: 10.10.2024).
- Fallon, K. & Tondo, L. (22.02.2024). Videos show migrants stripped of clothing in freezing temperatures at Serbian border. The Guardian (online): <https://www.theguardian.com/global-development/2024/feb/22/videos-show-migrants-stripped-of-clothing-in-freezing-temperatures-at-serbian-border> (Zugriff: 09.10.2024)
- Ferrer Gallardo, X., & Gabrielli, L. (2024). The fenced off cities of Ceuta and Melilla: Mediterranean nodes of migrant (im)mobility. Springer Nature. https://doi.org/10.1007/978-3-031-42264-5_17
- Frouws, B. & X Brenner Y. (2019). A persistent reality: the role of corruption in mixed migration, Mixed Migration Center, (online): <https://mixedmigration.org/a-persistent-reality-the-role-of-corruption-in-mixed-migration/> (Zugriff: 10.12.2024).
- Gasteli, N. (21.05.2021). How EU funds enable North African countries to push back Europe-bound migrants into the desert. Le Monde (online): https://www.lemonde.fr/en/le-monde-africa/article/2024/05/21/how-eu-funds-enable-north-african-countries-to-push-back-europe-bound-migrants-into-the-desert_6672115_124.html (Zugriff: 10.10.2024).
- Ghali, B. (02.06.2021). Polisario-Anführer verlässt Spanien. Zeit Online (online): <https://www.zeit.de/>

[politik/ausland/2021-06/polisario-brahim-ghali-westсахara-spanien-marokko](#) (Zugriff: 05.10.2024).

- Günay, C., & Somavilla, F. (2020). Tunisia's democratization at risk. In *Mediterranean Politics* (Vol. 25, Number 5, pp. 673-681). Routledge. <https://doi.org/10.1080/13629395.2019.1631980>
- Hairsine, K. (05.07.2023). Canary Island migrant route to Spain proves deadly again. Deutsche Welle (online): <https://www.dw.com/en/canary-island-migrant-route-to-spain-proves-deadly-again/a-66119468> (Zugriff: 03.10.2024).
- Hänel, L. (27.10.2020). Migration: Das Menschenrechts-Dilemma der EU. Deutsche Welle (online): <https://www.dw.com/de/migration-das-menschenrechts-dilemma-der-eu/a-55401177> (Zugriff: 03.11.2024).
- Haukkala, H. (2008). The European Union as a Regional Normative Hegemon: The Case of European Neighbourhood Policy. *Europe-Asia Studies*, 60(9), 1601-1622. <https://doi.org/10.1080/09668130802362342>
- Heck, G., & Hess, S. (2017). Tracing the effects of the EU-Turkey Deal. *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies*, 3(2), 35-56.
- Holleis, J. (23.01.2024). Marokko als "Türsteher" der EU mit Eigeninteressen. Deutsche Welle (online): <https://www.dw.com/de/marokko-als-t%C3%BCrsteher-der-eu-mit-eigeninteressen/a-68056253> (Zugriff 01.10.2024).
- Iridia, Border Forensics, Moroccan Association for Human Rights. (2024). The Nador-Melilla Border Trap: A counter-investigation into the racist massacre of 24 June 2022 (online): <https://www.borderforensics.org/investigations/nadormelilla/> (Zugriff 06.10.2024).
- ISS - Institute for Security Studies (23.04.2024). Mauritania – the latest target in EU migration control (online): <https://issafrica.org/iss-today/mauritania-the-latest-target-in-eu-migration-control> (Zugriff: 01.12.2024).
- Kaleji, V. (22.05.2024). The Border Wall between Turkey and Iran: Security at the Cost of the Environment? *The Turkey Analyst* (online): <https://www.turkeyanalyst.org/publications/turkey-analyst-articles/item/722-the-border-wall-between-turkey-and-iran-security-at-the-cost-of-the-environment?.html> (Zugriff: 10.11.2024).
- Kassam, A. (20.05.2021). Ceuta influx highlights fragility of EU's approach to migration. *The Guardian* (online): <https://www.theguardian.com/world/2021/may/20/ceuta-influx-highlights-fragility-of-eus-approach-to-migration> (Zugriff: 10.10.2024).
- Khan, H. (09.04.2024). From Tunis to Cairo: Europe Extends Its Border Across North Africa. *Sada Comment*, Carnegie Endowment for Peace, (online): <https://carnegieendowment.org/sada/2024/04/from-tunis-to-cairo-europe-extends-its-border-across-north-africa?lang=en> (Zugriff 10.10.2024).
- Lehne, S. (27.08.2020). Die Schwachstelle ist die Außenpolitik. *Die Presse* (online): <https://www.diepresse.com/5858714/die-schwachstelle-ist-die-aussenpolitik> (Zugriff: 14.11.2024)
- Léonard, S., & Kaurert, C. (2022). De-centring the Securitisation of Asylum and Migration in the European Union: Securitisation, Vulnerability and the Role of Turkey. *Geopolitics*, 27(3), 729-751. <https://doi.org/10.1080/14650045.2021.1929183>
- Manners, I. (2002). Normative Power Europe: A Contradiction in Terms? *Journal of Common Market Studies*, 40(2), 235-258. <https://doi.org/10.1111/1468-5965.00353>
- MedyaNews. (20.06.2024), Turkey completes another section of border wall with Iran (online): <https://medyanews.net/turkey-completes-another-section-of-border-wall-with-iran/> (Zugriff: 10.11.2024).
- Mijatović, D. (2022). Spain should advance social rights, better guarantee freedoms of expression and assembly and improve human rights of refugees, asylum seekers and migrants. Commissioner for Human Rights (online): <https://www.coe.int/en/web/commissioner/-/>

[spain-should-advance-social-rights-better-guarantee-freedoms-of-expression-and-assembly-and-improve-human-rights-of-refugees-asylum-seekers-and-migran](#) (Zugriff 03.10.2024).

- Monn, J. (17.06.2023). Über die iberische Route gelangen weniger Migranten nach Europa – woran liegt das? Neue Züricher Zeitung (online): <https://www.nzz.ch/international/weniger-migration-spanien-lebt-den-eu-asylkompromiss-mit-marokko-ld.1742388> (Zugriff am 12.10.2024).
- Norman, K. P. (2020). Migration Diplomacy and Policy Liberalization in Morocco and Turkey. *The International Migration Review*, 54(4), 1158-1183. <https://doi.org/10.1177/0197918319895271>
- Proasyl. (28.03.2024). »Serbiens Grenzen sind Schauplatz von illegalen Pushbacks und Polizeigewalt« (online): <https://www.proasyl.de/news/serbiens-grenzen-sind-schauplatz-von-illegalen-pushbacks-und-polizeigewalt/> (Zugriff: 08.11.2024).
- Roll, S. (2024). Ägypten: Mittelmacht in der Schuldenkrise. In B. Lippert & S. Mair (Eds.), *Mittlere Mächte-einflussreiche Akteure in der internationalen Politik* (SWP-Studie No. 1/2024). Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Sarajevo Times. (21.02.2024). EU Support to Border and Migration Management in BiH with new 6.4 million Euro Project (online): <https://sarajevotimes.com/eu-support-to-border-and-migration-management-in-bih-with-new-6-4-million-euro-project/> (Zugriff: 15.10.2024).
- Speakman Cordall, S. (24.09.2024). In Tunisia, refugees and migrants are expelled to the desert, left helpless. Al Jazeera (online): <https://www.aljazeera.com/news/2024/9/12/in-tunisia-refugees-and-migrants-are-expelled-to-the-desert-left-helpless> (Zugriff: 10.10.2024).
- Spijkerboer, T. (26.09.2016). Fact Check: Did the EU-Turkey Deal Bring Down the Number of Migrants and of Border Deaths? <https://blogs.law.ox.ac.uk/research-subject-groups/centre-criminology/centreborder-criminologies/blog/2016/09/fact-check-did-eu> (Zugriff: 11.11.2024)
- Statewatch. (10.03.2022). Frontex to boost border control efforts in Niger, Algeria and Libya (online): <https://www.statewatch.org/news/2022/march/frontex-to-boost-border-control-efforts-in-niger-algeria-and-libya/> (Zugriff: 10.10.2024).
- The Economist (15.01.2022). Europe is bankrolling a force that routinely abuses African migrants (online): <https://www.economist.com/middle-east-and-africa/an-eu-funded-horror-story/21807126> (Zugriff 20.10.2024).
- Tsourapas, G. (2022). The Illiberal Paradox and the Politics of Migration in the Middle East. James F. Hollifield, y Neil Foley, *Understanding Global Migration*, 81-99.
- UNHCR. (o.D.). Refugees and Asylum Seekers in Türkiye (online): <https://www.unhcr.org/tr/en/refugees-and-asylum-seekers-in-turkey> <https://www.unhcr.org/tr/en/refugees-and-asylum-seekers-in-turkey> (Zugriff: 20.11.2024).
- Vinocur, N. (17.03.2024). EU leaders ink €7.4B economic aid, migration deal with Egypt. Politico (online): <https://www.politico.eu/article/eu-leaders-egypt-e7-4b-economic-aid-migration-deal-italy-greece-belgium-austria-cyprus/> (Zugriff: 01.12.2024).
- Wagner, K. (21.10.2024). Große Worte, wenig Nutzen. Frankfurter Allgemeine (online): <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/brics-gipfel-in-russland-grosse-worte-wenig-nutzen-110060498.html> (Zugriff: 23.10.2024).

IMPRESSUM:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,
Austrian Institute for International Affairs
A-1090 Vienna, Währinger Straße 3/12,
www.oiip.ac.at, info@oiip.ac.at

Copyright © 2024

www.oiiip.ac.at

